

TOP 15

Ansprache des Vorstandsvorsitzenden
auf der Jahreshauptversammlung 2016 des
Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Gäste, liebe Mitglieder,
meine Damen und Herren,

Zuerst möchte ich mich bei meinen Vorrednern, Herrn Kreispräsident Rüder und unseren heutigen Gastgeber, Herrn Nissen, herzlich für ihre Grußworte bedanken. Ganz herzlichen Dank an die VR Bank für die großzügige Unterstützung unserer Veranstaltung und dafür, dass wir diese schönen Räumlichkeiten des Verwaltungszentrums der Bank nutzen dürfen.

Ein herzlicher Dank geht auch an meine Vorstandskollegen für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Wir haben soeben in der Mitgliederversammlung eine neue Vorstandsstruktur beschlossen und hoffen, unsere Schlagkraft mit dem neu eingerichteten Präsidium steigern zu können. Danke auch an unseren Geschäftsführer Herrn Rauch und seine Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle für die erfolgreiche Arbeit im vergangenen Jahr.

Meine Damen und Herren,

Wir pflegen seit Jahren den Dialog mit Vertretern der politischen Parteien sowie der Landesregierung und den Verwaltungen der Kreise Ostholstein und Plön und konnten diesen auch im vergangenen und im laufenden Jahre fortführen.

Wir bedanken uns für die Kooperationsbereitschaft und dafür, dass wir trotz teilweiser unterschiedlicher Sichtweisen immer eine gute Gesprächsbasis gefunden haben.

Wir sind parteipolitisch neutral und müssen daher bei der Vertretung der Interessen unserer Mitglieder kein Blatt vor den Mund nehmen. Das tun wir immer wieder und haben uns zu Wort gemeldet, um unseren Standpunkt zu vertreten. Dazu gehört auch der regelmäßige Kontakt mit den politischen Parteien und den Abgeordneten auf Bundes-, Landes- und Kreisebene. Der regionalen Presse sind wir dankbar, dass sie darüber berichtet. Wir hatten erst vor 10 Tagen Gelegenheit, in einem eingehenden Gespräch mit der regionalen Presse unsere Sicht der Dinge darzulegen.

Lassen Sie mich heute meine Gedanken aus den Jahren 2011 – 2015 aufgreifen, sie zum Teil ergänzen und auf den aktuellen Stand bringen:

Die Konjunktur stellt sich zur Zeit für die meisten Betriebe robust dar und auch der Dienstleistungsbereich hat deutliche Zuwächse zu verzeichnen. Die Arbeitsmarktzahlen sind aktuell in den Kreisen Plön und Ostholstein auf niedrigem Niveau und bewegen sich im Rahmen der Prognosen. Die Arbeitsagenturen werden auch im Jahr 2016 ihre finanziellen Aufwendungen für einen weiteren Abbau der Langzeitarbeitslosenzahlen sowie für die notwendige Integration von Flüchtlingen einsetzen. Herr Rauch hat vorhin auf unser Projekt „Neue Wege in Beschäftigung für Flüchtlinge“ hingewiesen, das wir zusammen mit der Kreishandwerkerschaft auf den Weg gebracht haben und für das wir kürzlich aus der Hand des Wirtschaftsministers einen Förderbescheid in sehr erfreulicher Höhe entgegennehmen konnten.

In Schleswig-Holstein sind rund 2,5 % der Schüler „Migranten“. Dafür wurden bisher 365 Lehrerstellen geschaffen. Nach Auskunft des Bildungs-Ministeriums läuft die Integration im Bereich der Schulen ohne größere Probleme.

Im Interesse der Ausbildungsbetriebe wiederhole ich mich:
Unser Duales Ausbildungssystem bietet große Chancen, wenn man erkennt, dass nicht nur eine akademische Ausbildung für einen zufriedenstellenden und erfolgreichen Berufsweg zur Verfügung steht.

Bisher ist es den Verbänden gelungen, den Meisterbrief innerhalb der EU für uns zu erhalten. Wir dürfen jedoch nicht nachlassen, uns auf den verschiedensten Ebenen weiter dafür einzusetzen, denn nur Qualität in der Arbeit sichert auch langfristig Arbeitsplätze.

Zur Zeit scheint also - oberflächlich betrachtet - für einen Wirtschaftsverband alles im grünen Bereich zu sein.

Aber, meine Damen und Herren,
die Weltwirtschaft – vor allem unser Export –, die Diskussion um die Vertrauenskrise bei VW sowie unsere eigenen hausgemachten politischen Probleme werden uns auch im laufenden und voraussichtlich auch im Jahr 2017 noch vor so einige Herausforderungen stellen.

Ich habe auf der Jahreshauptversammlung 2015 darauf hingewiesen, dass niedrige Zinsen alleine keinen Investitionsschub auslösen.

Ganz im Gegenteil – zur Zeit verlieren Lebensversicherungen und Kapitalanlagen massiv an Wert. Die Gefahr von Blasen an den Börsen sowie eine generelle Verunsicherung über unsere Währung und die allgemeine Finanzsituation lassen die Unternehmer vorsichtig werden. Der Staat hat sich durch die Umverteilung von Zinslasten befreit, jedoch sind wirkliche Reformen bisher nur in Ansätzen erkennbar.

Die von der EZB erzeugten Risiken sind für den Normalbürger unübersehbar, aber irgendwann werden wir alle erfahren – da die Bundesrepublik vor allem auch haftet – welche Auswirkung diese Politik des „lockeren“ Geldes hatte.

Ich habe kürzlich dazu in der regionalen Presse Stellung bezogen und mich mit unseren Bedenken in die Reihe vieler gestellt, die warnend auf die Folgen der „Null-Zins-Politik“ hingewiesen haben und dies immer noch tun.

Eines unserer Verbandsziele ist es, dem Mittelstand und insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen Stimme und Gewicht zu verleihen. Die allgemeinen Rahmenbedingungen haben sich aber nach unserer Auffassung auch im Jahr 2015 nicht wesentlich zu Gunsten des Mittelstandes verändert. Man redet im politischen Raum zwar immer wieder vom Mittelstand, die eigentlichen Probleme des Mittelstandes werden jedoch nur wenig beachtet und auch daher nur sehr am Rande wahrgenommen. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass Wahlgeschenke in den kommenden Jahren durch Steuern und Abgaben in der Zukunft auch vom Mittelstand bezahlt werden müssen.

Die Betriebe in unserer Region sind für unser Gemeinwesen ein wesentlicher Eckpfeiler. Ohne die Unternehmer vor Ort, die meistens auch persönlich für ihr Unternehmen haften, ist eine soziale Marktwirtschaft kaum vorstellbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns zunächst Schleswig-Holstein und den Bund betrachten.

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen ist der finanzielle Spielraum nicht größer geworden. Im Gegenteil – neue Verbindlichkeiten werden wohl nach den kommenden Wahlen zu einem nicht ganz erfreulichen Kassensturz führen. Das politische Dilemma HSH Nordbank wird bewusst kleingeredet. Ich freue mich auf den Vortrag von Frau Dr. Schäfer, die uns sicherlich aus Sicht des Landesrechnungshofes über die Situation in unserem Bundesland berichten wird.

Es ist unbestritten, dass die Praxis der ungenügenden Verteilung finanzieller Mittel an die Kreise und Gemeinden auf Dauer so nicht weitergehen kann. Hier besteht auch im Interesse der Unternehmer vor Ort Handlungsbedarf. So haben sich diverse Bürgermeister über die nicht mehr bestehende Handlungsfähigkeit ihrer Gemeinden öffentlich geäußert. Die Kommunen sind als kleine überschaubare Einheiten ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie vor Ort. Wo aber deren finanzielle Möglichkeiten durch Kürzung der Zuweisungen des Landes eingeschränkt werden und die kommunale Ebene gezwungen wird, Grund- und Gewerbesteuern und Abgaben zu erhöhen, wird man auf Dauer auch die Bereitschaft, sich für unser Gemeinwesen einzusetzen, nachhaltig schädigen.

Natürlich ist es für einen Interessenverband immer einfach zu fordern: Wir benötigen mehr Mittel und mehr Personal in Bereichen wie Straßenbau und Infrastruktur, Polizei und Justiz.

Die Gegenfrage der Politik ist dann auch im Regelfall: Woher sollen die Mittel kommen?

Wir haben keine finanziellen Spielräume, weil...

Nun seien mir folgende Fragen erlaubt:

- Warum verkleinert man nicht den Verwaltungsaufwand in den übergeordneten Bereichen? Wir fordern seit langem mehr Bürokratieabbau.
- Muss der Bundestag immer mehr Abgeordnete durch ein kompliziertes Wahlverfahren haben?

Der Bundestagspräsident hat einen Vorschlag zur Änderung des Wahlrechts vorgelegt und der Bund der Steuerzahler hat kürzlich eindringlich auf die Problematik hingewiesen.

- Muss jede EU-Verordnung unbedingt durch Andocken neuer nationaler Vorschriften umgesetzt werden?
- Müssen Förderprogramme der EU durch die Länder-Regierungen immer neu ergänzt werden, mit der Folge, dass die Programme dann erst mit einem Zeitverzug von bis zu 2 Jahren umgesetzt werden?

Die Förderperiode läuft im Regelfall aber nur 5 Jahre.

Wenn von Bundesministerien zunehmend spezielle Beratungsfirmen für die Lösung von Problemen eingesetzt werden und damit eigentlich die Arbeit der Beamten übernehmen, könnten die Ministerien und die nachgeordneten Behörden dann doch entsprechend personell verkleinert werden ...

Darüber hinaus sehen wir im Rahmen der Kooperation der Bundesländer untereinander sicher in Zeiten des schnellen Datenaustausches noch erhebliches Einsparpotential.

Würden alle diese Anregungen umgesetzt, wäre die Einsparung von Zuweisungen an die Kreise und Gemeinden dann der letzte notwendige Schritt in einer Kette, da hier vor Ort der Bürger und Unternehmer direkt betroffen ist.

Diese Aufzählung kann man noch beliebig erweitern. Es würde sich im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland sicher lohnen, die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen zu überdenken.

Um zum Beispiel die sogenannten Parallelgesellschaften in den Ballungsräumen der Bundesrepublik wirkungsvoll zu minimieren, benötigt man nicht unbedingt immer neue Gesetze, sondern der Staat muss die vorhandenen gesetzlichen Vorschriften auch bundesweit einheitlich umsetzen.

Dazu gehört natürlich auch eine finanziell und personell ausreichend ausgestattete Polizei sowie eine gute Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte.

Entscheidend ist immer ein schnelles und konsequentes Handeln. Kurzfristige PR-wirksame Aktionen gegen Banden zeigen nur auf, hier ist noch viel Handlungsbedarf...

Hier wurde bisher teilweise an den falschen Stellen gespart bzw. auch die eigentlich erforderliche Vernetzung innerhalb der Bundesrepublik zeigt Mängel auf.

Ob jedoch ein Abbau von Polizeistationen vor Ort hilfreich und sinnvoll ist, darf bezweifelt werden. Die Stimmen, die eine Aufstockung der Polizei fordern, mehren sich ...

Die Einbruchserien – vor allem der Diebstahl von Baumaschinen und ähnlichen wertvollen Materialien - hat bereits zu einer Kostenerhöhung bei den Versicherungen geführt.

In diesem Zusammenhang ist sicher auch einmal zu überdenken, ob nicht eine gemeinsame Abstimmung der 16 Bundesländer untereinander bei dieser Thematik zielführend sein kann.

Zur Infrastruktur:

Beim Thema Breitband kommen wir in den Kreisen so langsam voran. Es hilft aber wenig, wenn die Landesregierung immer wieder betont, dass Schleswig-Holstein diesbezüglich gut aufgestellt sei, wenn weite ländliche Gebiete immer noch vollkommen unbefriedigend abgedeckt sind.

Wo keine ausreichende Breitbandversorgung besteht, gibt es keine neue Gewerbeansiedlung, es entstehen keine neuen Arbeitsplätze, der Nachzug junger Familien stockt ... alles zu Lasten der betroffenen Kommunen.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Verbandsversammlung des ZVO heute wohl den Entschluss gefasst hat, eine Sparte „Breitband“ zu gründen und die Sache in Ostholstein langsam ins Rollen kommt.

Es ist sicher ratsam, über Glasfaserkabelverbindungen mit dementsprechender Leistung zu sprechen. Zwischenlösungen wie Vectoring, also Kupferkabel auf dem Weg vom Verteiler zum Endkunden, sind keine langfristige Alternative und stärken nur die Monopolstellung der Telekom. Und wenn diese die Endanschlüsse so konfiguriert, dass vorzugsweise ihre eigenen Router vor Ort eingesetzt werden, leidet der Wettbewerb.

Leider fehlen immer noch ausreichende Bundesmittel – den vollmundigen Beteuerungen des Infrastrukturministeriums zum Trotz. Die jetzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel werden nach Meinung der Fachleute nicht ausreichen, um eine flächendeckende Breitbandversorgung auch außerhalb der Ballungszentren zu gewährleisten. Wir benötigen aber für unsere Wirtschaft und auch speziell für den Tourismus schnelle und sichere Internetverbindungen überall in den Kreisen Ostholstein und Plön.

Auf der CEBIT in Hannover wurde die Breitbandversorgung der Staaten als ein immer wichtigerer Zukunftsaspekt dargestellt.

Beim internationalen Ranking befindet sich Deutschland auf Platz 11 hinter unseren Nachbarstaaten Niederlande, Dänemark und Frankreich und hinter Ländern wie Island und Andorra....

Der Zustand der Verkehrswege in SH hat sich im vergangenen Jahr nur unwesentlich verbessert.

Jeder Unternehmer freut sich, wenn er schnell von A nach B kommt.

Diese Fahrten sind jedoch kein Selbstzweck, sondern sind notwendig, weil die Wirtschaft nun einmal nicht nur ortsgebunden agieren kann.

Auf vielen Kreis- und Landesstraßen hat man jedoch so seine Schwierigkeiten voranzukommen, da die Instandsetzung über Jahre vernachlässigt wurde.

Am 08. April 2016 titelte die KN auf der ersten Seite:

„Otter, Uhu und Fische sollen den A20- Elbtunnel verhindern“. Eine Lösung des Problems kann sich noch eine Weile hinziehen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat kürzlich den Weg für den Weiterbau der A20 freigemacht. Es ist jedoch ein Trauerspiel, dass Verwaltungsgerichte das überbordende und komplizierte Planungsrecht der Bundesrepublik immer wieder neu auslegen müssen. Und dass Verbände, die nicht unmittelbar betroffen sind, das Recht haben, gegen Neubauprojekte zu klagen, ist ein absolutes Unding.

Vor 4 Jahren wurde mit einem publikumswirksamen Spatenstich der Neubau der Schleuse des Nord-Ostsee-Kanals in Brunsbüttel angekündigt. Jetzt – also 4 Jahre später - wird mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen.

Auch der Kanaltunnel in Rendsburg ist eine Baustelle, die sicher einen Negativ-Eintrag im Guinness - Buch der Rekorde verdient hat. Die Sanierung einer Röhre dauert inzwischen länger als der ganze Bau vor vielen Jahren.

Herr Minister Meyer hat zwar eine Liste der Straßen- und Brückenbauprojekte im Lande vorgelegt. Nur die Umsetzung der Projekte wird sicher wieder zu einer eigenen Geschichte werden...

Wir sind sicher alle gespannt, welche Vorschriften jetzt vereinfacht, welche Planungszeiträume eingehalten werden und welche finanziellen Mittel im Endeffekt zur Verfügung stehen.

Nur mit Worten alleine wird man die Probleme im Planungsrecht nicht beseitigen.

Wir planen daher, im Rahmen einer eigenen Veranstaltung in Kürze dazu Stellung zu nehmen.

Sicher kann man hier eine Menge von Dänemark lernen, denn auch dort werden die EU-Vorschriften eingehalten, die gesetzlichen Rahmenbindungen beachtet, aber die Umsetzung der Bauvorhaben erfolgt nach der entsprechenden Parlamentsentscheidung weitaus schneller und effektiver.

Die Feste Querung über den Fehmarnbelt geht jetzt – endlich - nach Zustimmung des dänischen Parlaments auf die konkrete Umsetzung zu.

Ich möchte hier nicht alle Argumente für dieses größte Infrastrukturprojekt in Nord-Europa wiederholen, sie sind Ihnen alle bekannt.

Es ist zu hoffen, dass die Schienenanbindung einschließlich der Querung über den Fehmarn-Sund zeitgerecht realisiert wird.

Wir haben vor 5 Wochen eine sehr gut besuchte Veranstaltung in Oldenburg durchgeführt, wo wir unseren Mitgliedern und Gästen die Chancen aufgezeigt haben, die sich für die regionale Wirtschaft im Zuge der Realisierung dieses Verkehrsprojekts ergeben.

Wenn wir diese nicht ergreifen, haben wir alle eine Riesenschmerzhaftigkeit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung in der Beltregion verpasst.

Wir begrüßen die eindeutige positive Haltung der Landesregierung zur Festen Fehmarnbelt-Querung. Wir hoffen, dass die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Koalitionsparteien in Schleswig-Holstein bei der Umsetzung dieses Projektes auch im Wahljahr 2017 nicht zu weiteren vermeidbaren Verzögerungen führen werden. Auch sollte durch vorausschauend geplante und durchgeführte Planfeststellungsverfahren der Gang vor das Verwaltungsgericht vermieden werden.

Sonst sind wir ganz schnell wieder bei einer fiktiven Überschrift der KN: „Otter, Seehund und Fisch werden den Tunnel behindern.....“

Spannen wir noch den Bogen von Land und Bund hin nach Europa:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Entwicklung des letzten Jahres innerhalb der EU hat gezeigt, dass wir von einem vereinten Europa mit gleichen Wertvorstellungen meilenweit entfernt sind.

Mit Mühe und Not wurden für die Bewältigung der Probleme der Krisenregionen und der steigenden Flüchtlingszahlen von einzelnen Mitgliedsländern kurzfristige Aktionen durchgeführt.

Allein die Bundesrepublik schiebt – Stand April 2016 - rund 400.000 unbearbeitete Asylanträge vor sich her. Rund 300.000 Neuanträge bei den zuständigen Stellen sind zu erwarten.

Zur Abarbeitung ist ein Bedarf von rund 6300 qualifizierten Mitarbeitern erforderlich.

Diese Zahlen sind eine Momentaufnahme und können sich jederzeit wieder verändern.

Gemeinsame Aktionen in der EU kann man nicht erkennen. Durch einen Rückfall in die Zersplitterung wird Europa aber nicht stark bleiben.

Auch hier kann man sehen, die europäischen Institution sind immer größer geworden, haben aber die eigentlichen Probleme verdrängt und werden sich jetzt durch die Krise hoffentlich selbstkritisch mit der Vergangenheit und Zukunft auseinandersetzen.

Ich wiederhole mich gerne:

Jeder Ansatz, Konflikte nicht durch Gewalt, sondern durch Diplomatie zu lösen, ist von uns zu unterstützen und unbedingt notwendig...

Aber es gehört auch dazu, dass die Außengrenzen der EU gemeinsam gesichert werden müssen. Eine abgestimmte Hilfe für Flüchtlinge in den Lagern ist im Rahmen der UNO dringend erforderlich.

Nur, auch hier helfen Konferenzen und Zusagen wenig, wenn Vereinbarungen nicht oder nur sehr schleppend eingehalten werden.

Da unserer Gemeinschaftswährung immer noch ein gemeinsames Konzept in der Finanz- und Steuerpolitik fehlt, werden Enthüllungen über Briefkastenfirmen und Steueroptimierungen großer Konzerne, selbst wenn diese über diverse legale Möglichkeiten erreicht werden, weiter ein Thema bleiben.

Vielleicht helfen die ersten Ansätze der EU, eine „vor Ort“ von Großbetrieben zu zahlende Steuer einzuführen, ein wenig mehr Steuergerechtigkeit im Verhältnis zum Mittelstand zu erreichen.

Leider hat sich für uns alle das Thema Griechenland noch nicht befriedigend erledigt. Nach der Bundestagswahl 2017 wird man um einen Schuldenschnitt zu Lasten des Bundeshaushaltes wohl kaum herumkommen, da Griechenland keine Chance hat - selbst bei 0 % Zinsen - jemals die Hilfgelder zurückzahlen zu können.

Dieser Realität sollte man sich nicht verschließen und entsprechende Rückstellungen in den Haushalt einbauen.

In Europa werden wir in den nächsten Monaten noch einige wichtige Entscheidungen erleben, die uns alle direkt oder indirekt betreffen werden:

Es geht um die Flüchtlingskrise und ein abgestimmtes Asylkonzept.

Es geht um die Glaubwürdigkeit bei der Umsetzung von Beschlüssen der EU.

Es geht um den Verbleib von Großbritannien in der EU.

Es geht um den Konflikt in der Ukraine.

Es geht um die Zusammenarbeit in Europa.

Es geht um die Stahlwerke in Europa und damit auch um langfristige Arbeitsplätze bzw. Abhängigkeiten.

Auch diese Aufzählung ist beliebig zu ergänzen...

Da wir im schönsten Bundesland leben - in den gut aufgestellten Kreisen Ostholstein und Plön, aber dennoch auch von der Politik auf europäischer und nationaler Ebene abhängig sind - wünsche ich uns allen viel Mut und Entschlossenheit, um unsere Probleme vor Ort miteinander zu diskutieren und Lösungen herbeizuführen.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld freue mich jetzt mit Ihnen auf den Vortrag von Frau Dr. Gaby Schäfer...